

Euroskeptische Parteien zwischen Strategie und Ideologie

Guido Tiemann

Einleitung

Euroskeptizismus ist kein besonders neues Thema. Einmal provisorisch gefasst als die Ablehnung der „Idee Europa“, ihrer konkreten institutionellen Form, der Europäischen Union (EU), oder konkreter *policies* auf der europäischen Ebene, sind verschiedene Spielarten des Euroskeptizismus nahezu ubiquitär. In Westeuropa z.B. galten und gelten einzelne Politiker (etwa Charles de Gaulle oder Margret Thatcher), spezifische politische Parteien und Parteifamilien bis hin zu kompletten „Bevölkerungen“ oder Ländern als mehr oder weniger euroskeptisch ausgerichtet. Im Kontext der Osterweiterung – oder als Erbe des Beitritts – scheint dieses Phänomen nun den Weg in die neuen Mitgliedstaaten des postkommunistischen Osteuropa gefunden zu haben. Die Euphorie über die „Rückkehr nach Europa“ wurde spätestens als Europa im Kontext der Erweiterungsverhandlungen die konkretere Form der EU und ihres komplexen Regelwerks annahm, durch teils prononciert euroskeptische Positionen in allen Beitrittsländern getrübt oder sogar abgelöst. Die vergleichende Politikforschung steht nun vor der Herausforderung, die Ursachen dieser Entwicklung zu isolieren und ihre politisch-praktischen Konsequenzen abzuschätzen. Theoretisch wie methodisch muss die vergleichende Sozialwissenschaft wiederum prüfen, ob die Konzepte zur Taxonomie und Erklärung euroskeptischer Positionen in der EU-15 einfach auf die acht neuen Mitgliedstaaten übertragen werden können oder ob im postkommunistischen Osteuropa und im Kontext der Beitrittsverhandlungen eine neue Spielart des Euroskeptizismus entstanden ist.

Vor diesem breiten Hintergrund konzentriert sich der vorliegende Beitrag auf euroskeptische Parteien im postkommunistischen Osteuropa. Politik in einzelnen europäischen Staaten und in der EU bedeutet immer dezidiert Parteipolitik. Politische Parteien sind die dominierenden Akteure im europäischen Mehrebenensystem, ihre konkrete Bedeutung und die Reichweite ihres Einflusses unterscheidet sich aber auf den verschiedenen hierarchischen Ebenen. Während nationale Parteien in den Parlamenten der Mitgliedstaaten einen ganz entscheidenden Einfluss auf nationale Politiken nehmen, die selbst Kernanliegen der EU betreffen, kommt den lockeren Parteienverbänden im weiter recht ohnmächtigen Europaparlament nur eine zweitrangige Bedeutung zu.¹ Ich konzentriere mich deshalb im folgenden auf die Erfassung und Erklärung der Europastrategien nationaler Parteien in den acht neuen Mitgliedstaa-

1 Vgl. hierzu stellvertretend für viele andere Hix 2005: 175-207.

ten des postkommunistischen Osteuropa. In diesem Beitrag gehe ich in zwei grundlegenden Schritten vor. Der erste bezieht sich auf eine angemessene und für die empirische Forschung ertragreiche Definition und Operationalisierung euroskeptischer Parteien. Dabei werden verschiedene Konzepte, etwa die von Taggart und Szczerbiak vorgeschlagene Differenzierung von ‚hartem‘ und ‚weichem‘ Euroskeptizismus² oder der alternative, zweidimensionale Zugriff von Peter Kopecký und Cas Mudde diskutiert,³ die angelehnt bei der politischen Kulturforschung zwischen ‚diffuser‘ und „spezifischer“ Unterstützung der europäischen Integration unterscheiden (2). Weiter werde ich verschiedene Ansätze zur Erklärung des parteibasierten Euroskeptizismus abwägen und auf ihre analytische und empirische Tragfähigkeit testen. Dabei geht es im einzelnen um die Hypothese eines ideologiebasierten Euroskeptizismus, der auf die Kohärenz der Haltung zur europäischen Integration mit übrigen programmatischen Positionen der Parteien abzielt, zweitens um das alternative Konzept eines strategiebasierten Euroskeptizismus und drittens um die These einer spezifischen, osteuropäischen Variante des Euroskeptizismus, die die Ablehnung des „Projekts Europa“ in seinen ideellen und institutionellen Fassungen als die Konsequenz eines „Beitrittserbes“ vermutet. Ich werde dabei im wesentlichen zeigen, dass besonders ideologische und weniger strategiebasierte Motive den aktuellen Euroskeptizismus in den Beitrittsländern bestimmen. Dem „Erbe des Beitritts“ kommt dagegen nur eine sehr untergeordnete Bedeutung zu (3). Schließlich werde ich die zentralen Befunde dieses kurzen Beitrags schlagwortartig zusammenfassen und einige offene Forschungsfragen anreißen. Ich komme dabei zu dem Resultat, dass Zustimmung oder Ablehnung der europäischen Integration und ihrer konkreten institutionellen Form, der EU, ein abgeleitetes Phänomen stabiler ideologischer Positionierungen und variabler strategischer Entscheidungen der postkommunistischen Parteieliten sind (4).

Euroskeptische Parteien im Beitrittskontext

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der abhängigen Variablen, euroskeptischen Parteipositionen im postkommunistischen Osteuropa. Euroskeptizismus ist ein sehr umfassender Begriff, der eine ganze Bandbreite unterschiedlicher inhaltlicher Positionen anspricht. In der einschlägigen Diskussion sind folgende Präzisierungen vorgeschlagen worden. So hat die phänomenologische Unterscheidung von ‚hartem‘ und ‚weichem‘ Euroskeptizismus weite Beachtung gefunden. Dabei bedeutet ‚harter‘ Euroskeptizismus die kategorische, prinzipielle Ablehnung der „Idee Europa“ und, folgerichtig, des Beitritts zur EU: „Hard Euroscepticism implies the outright rejection of the entire project of European political and economic integration.“⁴ Da-

2 Taggart/Szczerbiak 2004.

3 Kopecký/Mudde 2002.

4 Taggart/Szczerbiak 2004: 3.

gegen steht ‚weicher‘ Euroskeptizismus für die qualifizierte Ablehnung bestimmter Aspekte des Integrationsprojekts oder der EU als seiner institutionellen Form: „‚Soft‘ Euroscepticism (..) involves the contingent or qualified opposition to European Integration.“⁵ Jedoch ist dieser einfache Definitionsversuch in der einschlägigen Literatur beanstandet worden. Das betrifft insbesondere die breite Konzeptionalisierung des „weichen“ Euroskeptizismus und generell die mangelnde Klarheit und analytische Trennschärfe der beiden Spielarten eurokritischer Orientierungen. Peter Kopecký und Cas Mudde bringen dem gegenüber einen alternativen, stärker analytisch ausgerichteten und in der theoretischen Literatur verwurzelten Vorschlag ein.⁶ Dabei greifen sie ein Grundelement der politischen Kulturforschung auf, David Eastons Differenzierung von „spezifischer“ und „diffuser“ Unterstützung für ein nationales politisches System.⁷ Spezifische Unterstützung funktioniert langfristig, stabil und wertbasiert, während diffuse Unterstützung aus einer kurzfristigeren, wandelbaren Bewertung der Performanz eines politischen Systems, also dezidiert *policy*-abhängig, entsteht. Diffuse Unterstützung bezieht sich auf die eher „Idee Europa“, spezifische Unterstützung auf die Zustimmung zur institutionellen Konstruktion und politischen Praxis des konkreten politischen Systems, der EU. Kopecký und Mudde entwickeln aus einer Kreuztabellierung beider Dimensionen ein System von vier unterschiedlichen Parteipositionen zur europäischen Integration und zur EU:

Abbildung 1: Typologie unterschiedlicher Parteipositionen

	europhil	europhob
EU-optimistisch	Euro-Enthusiasten	Euro-Pragmatiker
EU-pessimistisch	Euroskeptiker	Euro-Gegner

Anmerkung: Mit Änderungen entnommen aus Kopecký/ Mudde 2002: 303.

Gegenüber der phänomenologischen Scheidung von ‚hartem‘ und ‚weichem‘ Euroskeptizismus erreicht diese analytische, zweidimensionale Typologie sicher grundlegende Vorzüge im Hinblick auf ihre analytische Klarheit und ihren theoretischen Gehalt. Freilich wird auch diese Vierfelder-Matrix in der einschlägigen Literatur kritisiert. Timm Beichelt zum Beispiel hält die Beschränkung des Attributs „euroskeptisch“ auf diejenigen Akteure, die zwar diffus die europäische Integration unterstützen, jedoch spezifisch die EU ablehnen, für mindestens irreleitend. Darüber hinaus sei es keine sehr kohärente Position, wie die von Kopecký und Mudde ausgemachten „Europragmatiker“ das Integrationsprojekt an sich zu verwerfen, seine aktuelle institutionelle Form, die EU, jedoch zu unterstützen.⁸ Mit diesem Argument begrün-

5 Taggart/Szczerbiak 2004: 4.

6 Kopecký/ Mudde 2002: 300.

7 Easton 1975.

8 Beichelt 2004: 31.

Kollektive Identitäten

det Beichelt eine einfache Typologie, die im wesentlichen, neben (0) der übergroßen Mehrheit osteuropäischer Parteien, die den Integrationsprozess diffus wie spezifisch unterstützen, zwei grundlegende Varianten kritischer Orientierungen unterscheidet, (1) den qualifizierten EU-Skeptizismus und (2) den unqualifizierten, pauschalen Euroskeptizismus. Hier mag nun eingewendet werden, dass ein im Grunde zirkuläres Argument einfach wieder auf die Scheidung „harter“ und „weicher“ Euroskeptizismen zurücklaufe. Dies ist jedoch hier nicht gemeint, denn beide Einwände, die Zurückweisung der „Idee Europa“ und die Kritik ihrer aktuellen Organisation können in „harten“ wie in „weichen“ Varianten daherkommen. In dieser Analyse greife ich die Differenzierung von spezifischem EU-Skeptizismus und diffusem Euroskeptizismus deshalb in etwas anderer Weise auf. Der grundlegende Unterschied besteht darin, dass spezifischer EU-Skeptizismus und diffuser Euroskeptizismus nicht als Differenzen in Grad und Reichweite der Kritik am Integrationsprozess und/ oder seiner konkreten institutionellen Form betrachtet werden, sondern als qualitativ grundlegend verschiedene Positionen. Mit anderen Worten: die Typologie (0) europhiler, (1) EU-skeptischer und (2) euroskeptischer Parteipositionen wird nicht als eine Ordinal-, sondern als eine Nominalskala eingeführt.

Spezifisch EU-skeptische Positionen werden in den acht neuen EU-Staaten des postkommunistischen Osteuropa von einigen signifikanten Akteuren im Zentrum der jeweils nationalen Parteiensysteme vertreten:

- Bürgerlich-Demokratische Partei (Tschechische Republik: ODS)
- Estnische Vereinigte Volkspartei (Estland: EÜRP)
- Estnische Zentrumspartei (Estland: Kesk)
- Ungarischer Bürgerbund (Ungarn: FIDESZ)
- Partei der Volksharmonie (Lettland: TSP)
- Polnische Bauernpartei (Polen: PSL)
- Recht und Gerechtigkeit (Polen: PiS)
- Bewegung für eine Demokratische Slowakei (Slowakei: HZDS)
- Slowakische Kommunistische Partei (Slowakei: KSS)

Dagegen wird der diffuse, unqualifizierte Euroskeptizismus *grosso modo* von meist kleineren Parteien vorgebracht, die an den programmatischen Rändern der nationalen Parteienkonkurrenz weithin marginalisiert sind:

- Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren (Tschechische Republik: KSCM),
- Estnische Christliche Volkspartei (Estland: EKRP),
- Partei der Ungarischen Wahrheit und des Ungarischen Lebens (Ungarn: MIÉP),
- Arbeiterpartei (Ungarn: MUNKÁS),
- Für Menschenrechte in einem Vereinten Lettland (Lettland: PCTVL),
- Liga der Polnischen Familien (Polen: LPR),

Euroskeptische Parteien

- Selbstverteidigung (Polen: S),
- Slowenische Nationalpartei (Slowenien: SNS) und
- Slowakische Nationalpartei (Slowakei: SNS)

Im folgenden wird diese Analyse Argumente zusammentragen, die die Motive für den unqualifizierten, ‚diffusen‘ Euroskeptizismus auf der einen vom qualifizierten, ‚spezifischen‘ EU-Skeptizismus auf der anderen Seite analytisch trennen.

Erklärungsansätze

Nach der Definition der abhängigen Variablen verfolgt dieser Abschnitt zwei wesentliche Zielstellungen. Einmal geht es um die Sichtung und Systematisierung der unabhängigen Variablen. Dabei werden theoretische Konzepte und Erklärungsansätze für diffus euroskeptische oder, alternativ, spezifisch EU-skeptische Parteipositionen im postkommunistischen Osteuropa vorgestellt und diskutiert. Im einzelnen geht es um die Scheidung strategischer, ideologischer und kontextspezifischer Motive und die Bestimmung ihrer alternativen Bedeutung für die Herausbildung spezifisch EU-skeptischer und diffus euroskeptischer Parteipositionen hin befragt. Der zweite Schritt führt die abhängige und die unabhängige Variablen zusammen und analysiert die empirische Erklärungskraft der benannten Modelle in einer systematischen, multivariaten Analyse.

Die strategische Dimension

In der Literatur werden zwei verschiedene theoretische Argumente zur Erklärung EU-skeptischer und euroskeptischer Programmatiken politischer Parteien diskutiert, strategie- und der ideologiebasierter Euroskeptizismus. Einige Autoren schlagen ein im wesentlichen strategiebasiertes Erklärungsmodell vor.⁹ In dieser Optik ist der Anstoß für insbesondere EU-skeptische politische Wettbewerbsstrategien weniger eine programmatische Affinität, sondern vielmehr das strategische Kalkül. Generell kann festgehalten werden, dass die Volatilität und Offenheit der postkommunistischen Parteiensysteme besondere Optionen zur strategischen Mobilisierung und Ausbeutung euroskeptischer Stimmenpotenziale bieten. Mit anderen Worten: Die schwach institutionalisierte Wettbewerbsstruktur im postkommunistischen Osteuropa eröffnet sowohl neuen als auch etablierten politischen Akteuren eine Option, die politischen Kräfteverhältnisse durch die Akzentuierung neuer, eben euroskeptischer politischer Programmatiken zu beeinflussen.¹⁰

Empirische Belege für die Wirksamkeit des strategiebasierten Arguments liegen regelmäßig dann vor, wenn sich Europastrategien von Regierungsparteien signifikant

9 Vgl. insbesondere Bielasiak 2004, Taggart 1998 und Taggart/Szczerbiak 2004.

10 Vgl. zu diesem Aspekt der „opportunity structures“ detailliert Bielasiak 2004.

Kollektive Identitäten

von denen der Oppositionsparteien unterscheiden. Zwischen denjenigen Parteien, die, besonders während der Verhandlungs- und der konkreten Beitrittsphase, Regierungsverantwortung wahrnehmen, und denjenigen Parteien, die in der Opposition agieren, besteht ein deutliches Differential an strategischem Manövrierraum. Auf der einen Seite sind die Regierungsparteien auf einen europhilen Kurs verpflichtet. Den Oppositionsparteien bietet diese Konstellation im Kontext der noch immer weitgehend unstrukturierten programmatischen Konkurrenzsituation dagegen die Perspektive, insbesondere EU-skeptische Programmatiken herauszustellen. Diese Gelegenheit, politisch bislang unterrepräsentierte *issues* stärker hervorzuheben, bietet sich den Oppositionsparteien vor allem im Kontext des unmittelbaren Beitrittsprozesses, wenn die Strategie der Regierungsparteien auf europhile Optionen fixiert ist.¹¹ Eine weitere Qualifikation betrifft die spezifische Ausprägung der eurokritischen Positionen, denn es kann generell unterstellt werden, dass strategisch aufgestellte Parteien im wesentlichen eher technokratische, spezifisch EU-skeptische als diffus euroskeptische Positionen artikulieren und konkreter die Beitrittsverhandlungen und ihr Management durch die jeweils nationalen Regierungen herausgreifen. Deshalb wird im folgenden die Regierungsbeteiligung einer Partei als ein *proxy* für die Option benutzt, im weiteren Kontext der Beitrittsverhandlungen und im engeren Kontext des Beitritts und seiner unmittelbaren Bewältigung strategisch motiviert eher EU-skeptische als pauschal euroskeptische Positionen zu vertreten.

Die ideologische Dimension

Belege für den ideologiebasierten Euroskeptizismus politischer Parteien finden sich regelmäßig dann, wenn eine Kohärenz ihrer Haltungen zur europäischen Integration/EU mit ihren übrigen programmatischen Positionen gezeigt werden kann. Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan haben mit „Party Systems, Cleavage Structures, and Voter Alignments“ eines der einflussreichsten Konzepte der politischen Soziologie vorgelegt.¹² In dieser makrosoziologischen Perspektive ruhen politische Parteien und Parteiensysteme in den westeuropäischen Demokratien auf einem System stabiler, historisch gewachsener Konfliktlinien. Diese *cleavages* und *Cleavage Structures* bezeichnen sehr viel mehr als nur einen Reflex sozialer Gegensätze in den jeweils nationalen Parteiensystemen. An soziopolitischen Konfliktlinien gebrochene Interessen organisieren sich nicht von selbst,¹³ sondern dieser Prozess bedarf handelnder Akteure, die die Artikulation von Protest wie die Repräsentation dieser Interessen leisten, organisieren und institutionalisieren.¹⁴ Genau diese *top-down* gerichtete Komponente, ihre politische, idealtypisch parteipolitische Organisation bildet, neben

11 Grzymala-Busse/ Innes 2003.

12 Lipset/Rokkan 1967.

13 Zum „collective action problem“ vgl. Olson 1965.

14 Lipset 1959.

Euroskeptische Parteien

der sozialstrukturellen *bottom-up*-Komponente, das zweite, notwendige Definitionskriterium politischer *cleavages* und *cleavage structures*.

Substantiell haben Lipset und Rokkan vier grundlegende politische Konfliktlinien ausgemacht. Zwei kulturelle *cleavages* entstanden bei der Herausbildung der westeuropäischen Nationalstaaten (Staat vs. Kirche und Zentrum vs. Peripherie), während zwei weitere, sozioökonomische Konfliktlinien im Gefolge der Industriellen Revolution entstanden (Stadt vs. Land und, als wohl zentrale Dimension im westlichen Europa, Arbeit vs. Kapital). Das zweite, wesentliche Argument von Lipset und Rokkan betrifft das *freezing* der parteipolitischen Alternativen und damit der westeuropäischen Elektorate mit dem Abschluss der Entwicklung hin zur kompetitiven Massenpolitik.

Im Vergleich zu den etablierten Demokratien Westeuropas weisen die postkommunistischen Staaten keine derart stabil institutionalisierten Parteiensysteme auf. Die Elektorate sind sehr viel offener, und der politische Wettbewerb verläuft volatil und wenig vorhersagbar. Diese Unterschiede gehen besonders auf Differenzen im Modus des Systemwechsels im Westeuropa der „ersten Welle“ und im Osteuropa der „dritten Welle“ zurück. Während in Westeuropa Demokratisierung die graduelle Einführung politischer Massenpartizipation in grundsätzlich bereits pluralistisch organisierten Systemen bedeutete, ging es in Osteuropa um abrupte Öffnung formal bereits partizipativer Systeme für den politischen Wettbewerb. Der Kern des Arguments ist nun, dass in einem so phasenverschobenen Prozess keine oder mindestens keine mit Westeuropa vergleichbare Option für ein „freezing“ des parteipolitischen Wettbewerbs besteht. Folgt man diesem Argument, so verbietet sich eigentlich jede Anwendung des *cleavage*-Begriffs im postkommunistischen Osteuropa. Politische Orientierungen der Elektorate, und insbesondere die organisatorische Stabilität politischer Parteien sind weiterhin nicht derart stabil und dauerhaft im politischen Wettbewerb institutionalisiert, dass dem gerade kurz skizzierten *cleavage*-Ansatz ein analytischer Mehrwert zukommen könnte.¹⁵

Zweitens betreffen diese Differenzen im Modus des Systemwechsels und bei der Stabilität des politischen Wettbewerbs die inhaltliche Substanz politisierter Konflikte. Im postkommunistischen Osteuropa saliente politische Themen und Konflikte korrespondieren meist nicht mit den strukturprägenden *cleavages* in Westeuropa. Während die Dimension Stadt vs. Land und Zentrum vs. Peripherie in einigen der

15 Diesem Befund widersprechen zahlreiche Meinungen, die in der etablierten osteuropäischen Parteienforschung vertreten werden (vgl. Evans/Whitefield 1993, 2000; Whitefield 2002). Sie nutzen den Begriff politischer *Cleavages*, und vor allem den der *Cleavage Structures*, in einem sehr verkürzten Sinne, wenn sie ihn nicht nur aus seiner historisch-genetischen kontextuellen Einbettung herausreißen, sondern darüber hinaus allein die *bottom-up*-Komponente sozialer Konflikte aufgreifen und das weitere *top-down*-Element politischer *cleavages* ausblenden.

Kollektive Identitäten

osteuropäischen Vergleichsstaaten noch relevant sein mögen, erreichen die Konflikte von Staat vs. Kirche und besonders Arbeit vs. Kapital im Postkommunismus nicht diejenige Bedeutung, die ihnen in Westeuropa zukommt.

Konkrete und für vergleichende Analysen aufbereitete Übersichten zur programmatischen Positionierung politischer Parteien bei unterschiedlichen Sachfragen sind für das postkommunistische Osteuropa bislang kaum erarbeitet und vorgelegt worden. Eine neue Publikation von Kenneth Benoit und Michael Laver¹⁶ hilft nun, diese empirische Lücke erstmals zu schließen. Die Autoren benutzen die Einschätzungen politikwissenschaftlicher Experten („Expert Judgements“) zur Vermessung der Positionen politischer Parteien auf verschiedenen *issue*-Skalen. Die Experten beurteilen dabei die programmatische Position politischer Parteien auf unterschiedlichen Zwanzig-Punkte-Skalen, und die konkrete Position einer Partei ergibt sich als das arithmetische Mittel der einzelnen Einschätzungen. Benoit und Laver haben ihre Erhebung in 47 Staaten durchgeführt, gleichermaßen in etablierten Demokratien und in den neuen Demokratien der „dritten Welle“. Der Datensatz taxiert die programmatischen Positionen postkommunistischer Parteien auf einer Reihe von enumerativ zusammengestellten programmatischen Einzelskalen.¹⁷

In Tabelle 1 sind elf verschiedene kulturelle wie sozioökonomische *issues* aufgeführt, die Benoit und Laver zusammengetragen und für Parteien aus dem postkommunistischen Osteuropa abgefragt haben. Neben konventionellen Skalen, die auch bei der Analyse der Parteiensysteme in etablierten Demokratien bedeutsam und in der angewandten Forschung gebräuchlich sind, schließt der Datensatz auch *issues* ein, die besonders auf das postkommunistische Osteuropa zugeschnitten sind, zum Beispiel die Fragen nach der Rolle ehemaliger Kommunisten im politischen Wettbewerb (VAR6) und nach dem Recht auf Landerwerb durch Ausländer (VAR7). Aus der empirischen Perspektive enthält dieser Datensatz eine enorme Fülle von Einzelinformationen. Insgesamt liegen für 64 politische Parteien aus den acht neuen EU-Staaten vollständige Angaben vor; das bedeutet insgesamt mehr als neunzehntausend Einzelurteile der Länderexperten über die elf Einzelissues hinweg.

Diese enorme empirische Komplexität bedeutet gleichermaßen Vorteile und Nachteile für die systematische Analyse. Zunächst trägt die hohe Zahl befragter Länderexperten und abgegebener Einzelbewertungen nicht nur zur empirischen Sättigung der Analyse bei, sondern gleichermaßen zur Validität, Reliabilität und internen Konsistenz der Parteiplazierungen. Anders gewendet jedoch erschwert diese Komplexität die analytische Isolierung wirksamer Kausalfaktoren für die Erklärung euroskeptischer Positionen. Die isolierte, phänomenologische Inspektion einzelner Skalen

16 Benoit/Laver 2006.

17 Datensatz und Codebook können unter <http://www.politics.tcd.ie/ppmd/> abgerufen werden.

Tabelle 1: Elf politische Issues im postkommunistischen Osteuropa

VAR1	Economic (Spending vs. Taxes)
	(1) Promotes raising taxes to increase public services. (20) Promotes cutting public services to cut taxes.
VAR2	Social
	(1) Favours liberal policies on matters such as abortion, homosexuality, and euthanasia. (20) Opposes liberal policies on matters such as abortion, homosexuality, and euthanasia.
VAR3	Economic (Privatization)
	(1) Promotes maximum state ownership of business and industry. (20) Opposes all state ownership of business and industry.
VAR5	Environment
	(1) Supports protection of the environment, even at the cost of economic growth. (20) Supports economic growth, even at the cost of damage to the environment.
VAR6	Former Communists
	(1) Former communist party officials should have the same rights and opportunities as other citizens to participate in public life. (20) Former communist party officials should be kept out of public life as far as possible.
VAR7	Foreign Ownership of Land
	(1) Supports unrestricted rights of foreigners to purchase and own land. (20) Opposes any right of foreigners to purchase and own land.
VAR8	Media Freedom
	(1) The mass media should be completely free to publish any material they see fit. (20) The contents of the mass media should be regulated by the state in the public interest.
VAR9	Nationalism
	(1) Strongly promotes a cosmopolitan rather than a national consciousness, history, and culture. (20) Strongly promotes a national rather than a cosmopolitan consciousness, history, and culture.
VAR10	Religion
	(1) Supports religious principles in politics. (20) Supports secular principles in politics.
VAR11	Urban vs. Rural Interests
	(1) Promotes interests of urban voters above others. (20) Promotes interests of rural voters above others.
VAR12	Decentralisation
	(1) Promotes decentralisation of all administration and decision-making. (20) Opposes any decentralisation of administration and decision-making.

legt stets nur kleine Ausschnitte der komplexen Realität frei. Weiter kann unterstellt werden, dass Parteien programmatische Positionen auf einer bestimmten Skala nicht

Kollektive Identitäten

unabhängig von anderen *issues* beziehen. Politische Parteien bündeln einzelne Positionen zu kohärenten programmatischen Paketen. Dieses *clustering* empirischer Informationen trägt Multikollinearitätsprobleme in die Analyse hinein, sodass die Einflüsse einzelner Faktoren auf die abhängige Variable nicht mehr eindeutig voneinander geschieden werden können. Deshalb ist die wesentliche Aufgabe dieser Ausführungen, die eigentliche substantielle Analyse durch ein Verfahren der Dimensionsreduktion vorzubereiten. Eine Faktoranalyse ist in dieser Optik das geeignete Verfahren, um die elf Einzelvariablen auf ihre grundlegenden Dimensionen zu projizieren und so zu ermitteln, ob die elf einzelnen *issues* von politischen Parteien zu unterlegten, aber nicht direkt sichtbaren Issue-Dimensionen gebündelt werden. Empirisch verweist die Hauptkomponentenanalyse eindeutig auf die Zweidimensionalität des Issue-Spektrums. Die beiden extrahierten Faktoren (1, 2) begründen gemeinsam fast 85 Prozent der Gesamtvarianz aller elf einzelnen Variablen. Faktor 1 (Eigenwert = 4.19) erklärt allein mehr als 48 Prozent der Gesamtvarianz aller elf Einzelvariablen; Faktor 2 (Eigenwert = 3.17) trägt weitere 37 Prozent bei. Im Vergleich könnte ein hypothetischer dritter Faktor (Eigenwert = 0.99) nur noch eine geringe Verbesserung der empirischen Resultate erzielen und wird deshalb im folgenden nicht verwendet.

Tabelle 2: Kulturelle vs. Sozioökonomische Issues

(olimin, oblique) Rotierte Faktorladungen			
Variable	Faktor 1	Faktor 2	Uniqueness
VAR1	0.1672	0.9219	0.1356
VAR2	0.8767	0.0422	0.2329
VAR3	0.1080	0.9702	0.0561
VAR5	0.0144	0.4398	0.8069
VAR6	0.6958	0.5350	0.2622
VAR7	0.4683	-0.7461	0.1935
VAR8	0.5655	-0.5901	0.3028
VAR9	0.8377	-0.1826	0.2515
VAR10	-0.8743	-0.2258	0.2019
VAR11	0.5749	-0.3987	0.4905
VAR12	0.3946	-0.3645	0.6989
Anmerkungen: Hauptkomponentenanalyse mit schiefwinkliger Rotation (Oblimin); die Schätzung hält den üblichen Spezifikationstests stand. Das Kaiser-Meyer-Olkin-Maß beträgt $KMO = 0.7352$, also „middling“. Der Likelihood-Ratio-Test ist mit $\chi^2 = 670.84$ signifikant; die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt $p < 0.0000$.			

Tabelle 2 dokumentiert die konventionellen Angaben zu jeder Faktorenanalyse, Faktorladungen der elf Einzelissues nach einer schiefwinkligen Rotation und die entsprechenden inversen Kommunalitäten (*uniqueness*). Faktorladungen geben die Stärke des Zusammenhangs eines Faktors und der Einzelvariablen an. Werte in der

Euroskeptische Parteien

Nähe von +/- 1.0 signalisieren eine nahezu vollständige Korrespondenz von Faktor und Variable, während Faktorladungen zwischen -0.4 und +0.4 lediglich auf eine geringe, kaum relevante Assoziation zwischen der beobachteten Variable und dem unbeobachteten Faktor verweisen.

Nach der Erklärung dieser technischen Details ist die inhaltliche Interpretation beider Faktoren der nächste Schritt. Faktoren haben keine materielle Substanz und weisen keine bestimmte Maßeinheit auf, sondern erhalten nur durch ihre Interpretation eine konkrete, substantielle Bedeutung. Bei dieser Analyse identifiziert Faktor 1 die kulturelle Politikdimension. Hohe Werte bei Faktor 1 korrespondieren mit autoritären im Gegensatz zu liberalen Gesellschaftskonzepten. Im einzelnen zeigen sie Opposition gegen liberale Gesellschaftsvorstellungen (VAR2), die Gegnerschaft zum politischen Engagement ehemaliger kommunistischer Parteifunktionäre (VAR6) und zum Recht auf Landerwerb für Ausländer (VAR7) an. Darüber hinaus favorisieren diese Parteien die staatliche Regulation der Massenmedien (VAR8), befürworten die Einführung von religiösen und nationalen Themen in die politische Sphäre und vertreten eher ländliche, weniger städtische Interessen (VAR11). Faktor 2 identifiziert dagegen die zweite, sozioökonomische Konfliktdimension. Politische Parteien mit hohen Werten bei Faktor 2 vertreten eindeutig wirtschaftsliberale Positionen, sie treten für einen schlanken Staat und geringe Steuersätze ein (VAR1) und bekämpfen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft (VAR3). Sie wollen weiter Ausländern den Landerwerb ermöglichen (VAR7), treten für die Medienfreiheit (VAR8) ein, und sie tendieren dazu, dezentrale Entscheidungsfindung einem bürokratischen Zentralismus vorzuziehen (VAR12). Einige einzelne *issues* korrespondieren schließlich nicht eindeutig mit einer der beiden Dimensionen und können folglich nicht konkret in die kulturelle oder sozioökonomische Konfliktdimension eingeordnet werden. Hohe Werte bei der *uniqueness* zeigen an, dass die Varianz eines Einzelissues von beiden Faktoren gemeinsam nicht hinreichend erklärt werden kann. In dieser Analyse betrifft das insbesondere die ökologische Konfliktdimension (VAR5), die kaum Prägestkraft auf die postkommunistischen Parteiensysteme entwickelt, und schließlich tendenziell den Gegensatz von Zentralisierung vs. Dezentralisierung (VAR12). Damit kann zunächst festgehalten werden, dass der politische Wettbewerb in seinen strukturellen Grundcharakteristika weitgehend dem Grundmuster der Parteienkonkurrenz in den etablierten Demokratien Westeuropas entspricht. Seine materielle Substanz wird von zwei unterschiedlichen, annähernd gleichberechtigten Dimensionen bestimmt, einer kulturellen und einer sozioökonomischen Konfliktachse.

Die dynamische Dimension: der Beitrittskontext

Die bislang diskutierten strategie- und ideologiebasierten Erklärungsfaktoren versuchen, parteigetragenen EU-Skeptizismus und Euroskeptizismus in den acht Beitrittsstaaten des postkommunistischen Osteuropa mit genau den gleichen Faktoren zu be-

Kollektive Identitäten

gründen, die das Phänomen in der EU-15 erklären. Darüber hinaus haben einige Arbeiten auf einen spezifischen, osteuropäischen Euroskeptizismus abgestellt, der besonders im engeren Kontext der Beitrittsverhandlungen oder als „Erbe des Beitritts“ entsteht.¹⁸ Die neue Dynamik, die euroskeptische und EU-skeptische Parteipositionen im konkreten Kontext des Beitrittsprozesses erlangt haben, begründet die Entstehung, mindestens aber die Forcierung dieser Positionen unmittelbar mit dem Einsetzen und der konkreten Gestaltung des Beitrittsprozesses.

Zunächst öffnet die Konzeption der Beitrittsverhandlungen an sich bereits die Option für populistisch mobilisierte Kritik an der europäischen Integration und der EU. Die „Verhandlungen“ beziehen sich de facto nicht auf die konkreten Bedingungen des Beitritts, denn nicht der *acquis communautaire* (Acquis) an sich, sondern allein die Übergangsbedingungen bei seiner Implementierung konnten Verhandlungsgegenstand sein. Gerade in dieser Phase können die Kosten, die mit der Implementierung des Acquis und dem Beitritt zur Union verbunden sind, besonders in den Vordergrund treten, ohne dass bereits seine greifbaren Profite offenliegen.

Es mag allerdings bestritten sein, ob die spezifisch osteuropäische oder postkommunistische Opposition gegen das Integrationsprojekt sich überhaupt als ein Faktor *sui generis* qualifiziert. Mindestens ist der Erklärungsstrang eng verwoben mit strategiebasierten Faktoren, die über populistische Vermittlungskanäle diffuse Ängste in konkrete Wählerstimmen umzusetzen suchen. Auch hier sind die Volatilität, und daher die Offenheit und Verfügbarkeit der postkommunistischen Parteiensysteme, sicher ein Faktor, der die strategische Mobilisierung nationalistischer und gegen den Souveränitätstransfer auf die europäische Ebene gerichteter politischer Potenziale durch die jeweiligen Oppositionskräfte eher als in etablierten Demokratien ermöglichen. Diese kursorischen Bemerkungen müssen freilich insofern spekulativ bleiben, als dass eine systematische und gehaltvolle Analyse der Konsequenzen des EU-Beitritts im jetzigen Stadium unmöglich bleibt.

Zur Erklärung euroskeptischer Parteien

Soweit hat sich das hier vorgetragene Argument mit der Bestimmung der abhängigen Variablen beschäftigt, der integrationsfreundlichen oder alternativ der diffus euroskeptischen und der spezifisch EU-skeptischen Programmatik politischer Parteien in den acht postkommunistischen Beitrittsstaaten. Zweitens wurden unterschiedliche Erklärungsansätze dargestellt, die die konkreten Europapolitiken als bestimmt durch spezifische Parteistrategien, als geprägt durch die generelle ideologische und programmatische Orientierung der jeweiligen Parteien und Parteienfamilien oder als dynamische Konsequenz eines spezifischen Beitrittskontexts verstanden haben.

18 Vgl. etwa Rulikova 2004.

Euroskeptische Parteien

Im folgenden führe ich nun die vorgebrachten Argumente, die abhängige und die unabhängigen Variablen in einer systematischen, multivariaten Analyse zusammen. Als Explanandum, als die abhängige Variable benutze ich eine qualitative, typologische Unterscheidung von (0) integrationsfreundlichen Parteien, (1) spezifisch, qualifiziert EU-skeptisch orientierten Parteien und (2) diffus, unqualifiziert euroskeptisch ausgerichteten Parteien. Die unabhängigen, erklärenden Variablen dieser Analyse beziehen sich auf die vorgestellten strategischen und ideologischen Erklärungsfaktoren der europapolitischen Orientierung einzelner Parteien. Das strategische Handlungspotenzial einer Partei messe ich mit einer Dummy-Variablen, die zwischen (0) Oppositionsparteien und (1) Regierungsparteien unterscheidet. Das ideologiebasierte Argument wird durch die grundlegende politische Orientierung der Partei, gemessen durch ihre programmatische Position in der kulturellen (Faktor 1) und der sozioökonomischen Dimension (Faktor 2) abgebildet.

Das geeignete statistische Schätzverfahren für die Erklärung eines qualitativen, nominalskalierten Merkmals mit mehr als zwei möglichen Ausprägungen durch metrische bzw. dichotome Faktoren ist die multinomiale logistische Regression.

Tabelle 3: Erklärung EU-skeptischer und euroskeptischer Parteipositionen

	(1) [EU-skeptisch]	(2) [euroskeptisch]
Faktor 1 [kulturelle Dimension]	0.66** (0.15)	-1.10 (0.63)
Faktor 2 [sozioökonomische Dimension]	-0.89** (0.16)	-4.56** (0.57)
Faktor 1*2 [Interaktionsterm]	-0.35 (0.19)	-2.97** (0.75)
Reg [Regierungs-Dummy]	-2.89** (0.37)	-5.78** (1.18)
Konstante	-0.51** (0.13)	-4.14** (0.50)
R²	0.44	
Log. Likelihood	-318.64	
N	64	
Anmerkungen: Multinomiale logistische Regression; integrationsfreundliche Parteien (0) sind die Basiskategorie; die Einzelparteien wurden mit ihrem jeweiligen Stimmenanteil gewichtet. Standardfehler sind in Klammern angegeben. Der Likelihood-Ratio-Test ist mit $\chi^2 = 493.00$ signifikant; die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt $p < 0.0000$.		

Kollektive Identitäten

Die in Tabelle 3 niedergelegten Resultate der empirischen Analyse entsprechen weitgehend den in der einschlägigen Literatur vorgebrachten Hypothesen,¹⁹ und die Resultate verweisen weiterhin darauf, dass die Triebkräfte EU-skeptischer und euroskeptischer Positionen in der EU-15 und in den acht osteuropäischen Beitrittsstaaten sehr vergleichbar, wenn nicht nahezu identisch sind. Spezifisch EU-skeptische Positionen werden von politischen Parteien vertreten, die entweder kulturell autoritäre Positionen einnehmen (hohe Werte bei Faktor 1) oder in der sozioökonomischen Dimension für dezidiert protektionistische Politiken optieren (geringe Werte bei Faktor 2). Gesellschaftlich autoritär ausgerichtete, nationalistische Parteien lehnen die EU aus Opposition gegen den Transfer politischer Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene ab. Weiter lehnen in ökonomischer Hinsicht protektionistische Parteien den europäischen Binnenmarkt und seine neoliberale Organisation ab. In den acht postkommunistischen Beitrittsstaaten ist eine ganze Reihe signifikanter Akteure EU-skeptisch orientiert. Allen voran sind hier die tschechische Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) und der Ungarische Bürgerbund (FIDESZ) zu nennen. Weiterhin gehören die Polnische Bauernpartei (PSL) und die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) dem EU-skeptischen Lager an.

Diffus euroskeptische Parteipositionen werden durch eine recht ähnliche Konfiguration der unabhängigen Variablen begründet. Vor allem unreformierte postkommunistische Parteien (geringe Werte von Faktor 2) und diejenigen Parteien, die gesellschaftlich autoritäre und wirtschaftlich protektionistische Positionen miteinander verbinden (hohe Werte beim Interaktionsterm), neigen zur pauschalen und unqualifizierten Ablehnung des gesamten Integrationsprojekts. Das betrifft zunächst unreformierte postkommunistische Parteien wie die Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren (KSCM) und die ungarische Arbeiterpartei (MUNKÁS). Die zweite Gruppe dezidiert, unqualifiziert euroskeptischer Parteien wird durch autoritär-nationalistisch orientierte Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums bestimmt. Das betrifft etwa die mythisch-nationalistische Partei der Ungarischen Wahrheit und des Ungarischen Lebens (MIÉP) oder die polnische Samoobrona (S) und die Liga der Polnischen Familien (LPR).

Damit können schließlich einige Merkmale angegeben werden, die EU-skeptische und euroskeptische Parteipositionen voneinander differenzieren. Generell kann festgehalten werden, dass EU-skeptische Positionen von Akteuren vertreten werden, die entweder gesellschaftlich autoritären *oder* ökonomisch protektionistischen Politiken

19 Vgl. Benoit/Baturo 2005; Hooghe, Marks/Wilson 2002; Marks/Steenbergen 2002. Im Kontrast zu den einfachen richtungspolitischen Modellen, die z.B. Tsebelis/Garrett 2000 vertreten, postulieren diese Autoren eine dezidiert „U-förmige“ Beziehung der Links-Rechts-Position politischer Parteien und ihrer Haltung zur europäischen Integration. Zentristische Akteure unterstützen den Integrationsprozess, während polare Parteien auf der linken wie auf der rechten kritische Positionen beziehen.

Euroskeptische Parteien

zuneigen. Diffus euroskeptische Positionen, die nicht nur die konkrete Form, sondern ganz generell jedwede Form einer europäischen Integration ablehnen, vertreten dagegen diejenigen Parteien, die gleichermaßen durch autoritäre Weltbilder *und* protektionistische Optionen in der Ökonomie charakterisiert sind.

Neben den dominierenden programmatischen Anstößen für die Einnahme EU-skeptischer oder euroskeptischer Parteipositionen verweist die empirische Analyse auch auf die Wirksamkeit des strategiebasierten Euroskeptizismus. Generell werden Regierungsparteien, schon durch ihre Teilhabe an den intergouvernementalen Säulen der Union und ihre unmittelbare Beteiligung an der Aushandlung der Beitrittsverträge, auf europhile Programmatiken verpflichtet. Oppositionsparteien haben dagegen die Option, eurokritische Potenziale in der Parteienkonkurrenz strategisch zu mobilisieren. Empirisch kann vor allem eine enge Beziehung der Oppositionsrolle mit der Einnahme qualifizierter EU-skeptischer Positionen gezeigt werden. Pauschale Euroskeptiker sind ohnehin seltener an Regierungskoalitionen beteiligt und nicht derart eindeutig von strategischen Überlegungen geleitet.

In praktisch-politischer Perspektive kann sicher argumentiert werden, dass der qualifizierte EU-Skeptizismus etablierter Akteure in den jeweils nationalen Parteiensystemen, zu denken ist hier etwa an die tschechische ODS, die ungarische FIDESZ oder die polnische PiS, viel gewichtigere Konsequenzen für den weiteren Integrationsprozess haben wird als der diffuse Euroskeptizismus marginalisierter Kleinparteien, die ohnehin kaum an der Regierungsbildung beteiligt werden. Ob diese Akteure, die zum Zeitpunkt der Datenerhebung (2001-03) meist als Oppositionsparteien EU-skeptische Akzente gesetzt haben, diese Strategien auch bei einer eventuellen Regierungsbeteiligung fortführen (können), bleibt jedoch eine offene Frage.

Ein EU-Cleavage?

Die hier vorgestellten empirischen Befunde stützen die Erklärungsansätze zur Entstehung und Bedeutung euroskeptischer Parteien im postkommunistischen Osteuropa in sehr unterschiedlichem Maße. Nimmt man die Kohärenz von insgesamt programmatischen Paketen mit den Positionen einzelner Parteien zur europäischen Integration und/ oder zur EU zum Maßstab für die Gültigkeit des ideologiebasierten Arguments, fällt das Urteil recht eindeutig aus. Politisch autoritär und/ oder in der ökonomischen Dimension protektionistisch ausgerichtete Parteien sind wesentliche Vertreter EU-skeptischer und/ oder euroskeptischer Positionen.²⁰

20 Vgl. zu einem inhaltlich ganz ähnlichen Befund Beichelt 2004.

Kollektive Identitäten

Neben ihrer ideologischen Orientierung beeinflussen auch strategische Perspektiven die europapolitische Aufstellung postkommunistischer Parteien. Dabei gelten jedoch zwei wesentliche Qualifikationen. Im Vergleich mit der Erklärungskraft der generellen ideologischen Ausrichtung scheinen strategische Motive zunächst eine eher zweitrangige, untergeordnete Bedeutung zu haben. Des Weiteren neigen strategisch handelnde Partieliten eher dazu, spezifisch EU-skeptische, nicht jedoch diffus euro-skeptische Akzente zu setzen. In dieser Optik bleibt der strategisch motivierte EU-Skeptizismus ein bedeutsames, politisch-praktisches Problem, weil er nicht von marginalisierten Akteuren am Rande des politischen Spektrums mobilisiert wird, sondern insbesondere von denjenigen Kräften, die eine reale Chance auf die Regierungsbeteiligung haben und damit potenziell einen realen Einfluss auf die nationalen Politiken und die Politiken innerhalb der EU nehmen können.

Für das postkommunistische Osteuropa könnte nun argumentiert werden, dass offenere, volatilere und daher stärker wandelbare Parteiensysteme gerade in derart kritischen Phasen wie den konkreten Beitrittsverhandlungen, in denen sich die Angebote der EU an die Kandidaten wie auch deren Grenzen klar manifestieren, deutlicher auf die nationale Ebene durchschlagen könnten. Empirische Untersuchungen westeuropäischer Parteiensysteme haben bislang jedoch kaum Einflüsse der europäischen Ebene auf die nationalen Parteiensysteme nachweisen können, also nirgendwo empirische Belege dieser Variante von Europäisierung gefunden.²¹

Auch für das postkommunistische Osteuropa kann festgehalten werden, dass Behauptungen zur Entstehung eines dezidierten „EU-Cleavage“ im postkommunistischen Osteuropa nirgendwo empirisch gestützt werden: Zunächst, das wurde bereits angesprochen, erscheint der *cleavage*-Begriff ohnehin wenig geeignet, um die noch immer volatile und wandelbare Wähler-Partei-Bindung im postkommunistischen Osteuropa angemessen zu benennen. Zweitens sind Parteipositionen zur europäischen Integration kein konstitutives Element des räumlichen Parteienwettbewerbs in den einzelnen Staaten, sondern allein die abgeleitete Komponente der jeweils nationalen Konkurrenzmuster. Drittens, und hier stützen die empirischen Befunde die Thesen von Hooghe, Marks und Wilson,²² werden unqualifiziert euroskeptische Positionen gleichermaßen von extrem „linken“ wie von „extrem“ rechten Parteien vertreten. Es gibt also keine Indizien dafür, dass diese beiden Lager eine effektive Koalition gegen die europäische Integration errichten können.

21 Vgl. zu dieser begründeten Relativierung die Analyse von Mair 2000.

22 Hooghe/Marks/Wilson 2002.

Literaturverzeichnis

- Beichelt, Timm (2004)*: Euro-Skepticism in the EU Accession Countries, in: *Comparative European Politics* 2:1, S. 29-50.
- Benoit, Kenneth/Baturo, Alexander (2005)*: National Party Competition and Support for European Integration. Paper presented at the ECPR General Conference 8-10 September, Corvinus University, Budapest.
- Bielasiak, Jack (2004)*: Party Systems and EU Accession: Euroscepticism in East Europe. Paper presented at the Conference on Public Opinion about the EU in Post-Communist Europe, 2-3 April, Indiana University, Blumington.
- Budge, Ian/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/Bara, Judith/Tanenbaum, Eric (2001)*: Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998, Oxford.
- Budge, Ian/Robertson, David/Hearl, Derek (1987)*: Ideology, Strategy, and Party Change. Spatial Analysis of Post War Election Programmes in 19 Democracies. Cambridge.
- Castles, Francis/Mair, Peter (1984)*: Left-Right Political Scales: Some Expert Judgements, in: *European Journal of Political Research*, 12:1, S. 73-88.
- Easton, David (1975)*: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, 5:4, S. 435-457.
- Evans, Geoffrey/Whitefield, Stephen (1993)*: Identifying the Bases of Party Competition in Eastern Europe, in: *British Journal of Political Science*, 23:4, S. 521-548.
- Evans, Geoffrey/Whitefield, Stephen (2000)*: Explaining the Formation of Political Cleavages in Post-Communist Democracies, in: Klingemann, Hans-Dieter, Mochmann, Ekkehard, Newton, Kenneth (Hrsg.): *Elections in Central and Eastern Europe. The First Wave (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin, S. 13-35.
- Gabel, Matthew J./Hix, Simon (2002)*: Defining the EU Political Space. Election Manifestos, 1979-1999, in: *Comparative Political Studies*, 35:8, S. 934-964.
- Grzymala-Busse, Anna/Innes, Abby (2003)*: Great Expectations: The EU and Domestic Political Competition in East Central Europe, in: *East European Politics and Societies* 17:1, S. 64-73.
- Hix, Simon/Lord, Christopher (1997)*: *Political Parties in the European Union*, New York.
- Hix, Simon (2005)*: *The Political System of the European Union*, Houndmills
- Hooghe, Lisbet/Marks, Gary/Wilson, Carol J. (2002)*: Does Left/ Right Structure Party Positions on European Integration?, in: *Comparative Political Studies*, 35:8, S. 965-989.
- Kitschelt, Herbert/Mansfeldova, Zdenka/Markowski, Radoslaw/Tóka, Gábor (1999)*: *Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation*, Cambridge.
- Kopecký, Peter/Mudde, Cas (2002)*: Two sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe, in: *European Union Politics*, 3:3, S. 297-326.
- Lipset, Seymour Martin (1959)*: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: *American Political Science Review*, 53:1, S. 6669-105.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (1967)*: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, in Lipset, Seymour Martin, Rokkan, Stein (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*, New York, S. 1-64.
- Mair, Peter (2000)*: The Limited Impact of Europe on National Party Systems, in: *West European Politics*, 23:4, S. 27-51.
- Marks, Gary/Steenbergen, Marco (2002)*: Understanding Political Contestation in the European Union, in: *Comparative Political Studies*, 35:8, S. 879-892.

Kollektive Identitäten

- Olson, Mancur (1965):* The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups, Cambridge.
- Rulikova, Markéta (2004):* The Influence of Pre-Accession Status on Euroscepticism in EU Candidate Countries, in: Perspectives on European Politics and Society, 5:1, S. 29-60.
- Taggart, Paul (1998):* A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European Party Systems, in: European Journal of Political Research, 33:3, S. 363-388.
- Taggart, Paul/Szczerbiak, Aleks (2004):* Contemporary Euroscepticism in the party systems of the European Union candidate states of Central and Eastern Europe, in: European Journal of Political Research, 43:1, S. 1-27.
- Tsebelis, George/Garrett, Geoffrey (2000):* Legislative politics in the european union, in: European Union Politics, 1:1, S. 9-36.
- Whitefield, Stephen (2002):* Political Cleavages and Post-Communist Politics, in: Annual Review of Political Science, 5, S. 181-200.